

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Carsten Feist

Mitglied Gruppe CDU/WBV

Ratsvorsitzender Stefan Becker

Ratsmitglied Katja Breuer

Ratsmitglied Martin Ehlers

Bürgermeisterin Ursula Glaser

Ratsmitglied Martin Harms

Ratsmitglied Uwe Heinemann

Beigeordneter Stephan Hellwig

Ratsmitglied Michael Kunze

Ratsmitglied Hans-Jürgen Lietzmann

Ratsmitglied Helmut Möhle

Ratsmitglied Astrid Zaage

Mitglied SPD-Fraktion

Ratsmitglied Nurhayat Bakir

Ratsmitglied Christina Heide

Beigeordneter Howard Jacques

Ratsmitglied Gesche Marxfeld

Bürgermeister Uwe Reese

Ratsmitglied Detlef Schön

Ratsmitglied Kristian Stoermer

Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial

Ratsmitglied Georg Berner-Waindok

Beigeordnete Antje Johanna Kloster

Ratsmitglied Petra Stomberg

Ratsmitglied Andreas Tönjes

Ratsmitglied Michael von den Berg

Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis

Ratsmitglied Horst Dieter Walzner

Ratsmitglied Helga Weinstock

Mitglied Gruppe FDP/FW

Ratsmitglied Andreas Lang

Ratsmitglied Christian Ressel

Ratsmitglied Dr. Günther Schulte

Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

Mitglied AfD-Fraktion

Ratsmitglied Mirco Danner

Ratsmitglied Thorsten Moriß

Ratsmitglied Irina Moriß-Kappes

Beigeordneter Prof. Dr.-Ing. Lothar Preuß

Dezernenten

Erster Stadtrat Armin Schönfelder

Stadtrat Oliver Leinert

von der Verwaltung

Leitung Referat 2 - Referat für Umwelt, Bau und Feuerwehr Niksa Marušić

Leitung Referat 5 - Referat für Bürgerangelegenheiten und Recht Marion Winkel-Fiedelak

Fachbereichsleiterin Kommunikation & Koordination Julia Muth

Fachbereich Kommunikation & Koordination Eugen Folkers

Fachbereichsleiter Rechnungsprüfungsamt Jörg Walkenhorst

Fachbereichsleiter Finanzen Torben Müller

Protokollführerin

Fachbereich Kommunikation & Koordination Insa Rogel

Es fehlte entschuldigt

Ratsmitglied Al-Chafia Hammadi

Beigeordneter Jörg Mündenwarf

Ratsmitglied Sebastian Seidel

Ratsmitglied Florian Wiese

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3

Einwohnerfragestunde auf Seite 26

B. Nichtöffentlicher Teil ab Seite 27

A. Öffentlicher TeilTagesordnung:

5.1	Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien (auf Antrag der AfD-Fraktion)	
5.2	Berufung neuer Schulausschussmitglieder	344/2019
5.3	Verabschiedung einer Resolution zur Erneuerung der Seeschleuse in der 4. Einfahrt	526/2019
5.4	Verabschiedung einer Resolution zum Ausbau der Bahnanbindung für die Region Friesland/Wittmund/Wilhelmshaven	
6.1.1	Haushaltsplanung für die Jahre ab 2021	325/2019
6.1.2	Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Wilhelmshaven über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer	328/2019
6.1.3	Nachbewilligung zum Haushalt 2019	346/2019
6.1.4	Entsendung von Vertretern in den Aufsichtsrat der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH	347/2019
6.2.1	Bebauungsplan Nr. 23, 1. Änderung (vorhabenbezogen)/Vorhaben-und Erschließungsplan Nr. 30 (VEP 30) -Gartengelände Hegelstraße (ehem. Botanischer Garten)- Entwurfsbeschluss	281/2019
6.2.2	Straßenbenennung im Geltungsbereich des Bebauungsplanes 23, 1. Vorhabenbezogene Änderung / Vorhaben-und Erschließungsplan 30 (VEP 30) - Gartengelände Hegelstraße	300/2019
6.2.3	Bebauungsplan Nr. 90, 1. Änderung - Posener Straße zwischen Preußen- und Möwenstraße - Aufstellungsbeschluss	335/2019
6.2.4	Bebauungsplan Nr. 62, 3. Änderung - Freigebiet Freiligrathstraße - Aufstellungsbeschluss	285/2019
6.2.5	Straßenbenennung im Geltungsbereich des Bebauungsplanes 146, 1. Änderung Deichbrücke / Jadestraße (Wiesbadenbrücke)	334/2019
6.2.6	Nahverkehrsplan 2020 - 2024	333/2019
6.2.7	Veränderungssperre Nr. 24 zum Bebauungsplan Nr. 40, 6. Änderung -Havermonikenstraße - Kohlenhafen-Satzungsbeschluss	319/2019
6.2.8	Antrag Gruppe CDU/WBV: Bürgerbefragung zum Standort einer neuen Stadthalle	530/2019
6.3.1	Jahresabschluss des Eigenbetriebes Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven (GGs) 2018 sowie die Entlastung der Betriebsleitung	130/2019
6.4.1	Vereinbarung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst und die Entgeltordnung für den Rettungsdienst Wilhelmshaven	324/2019
6.4.2	Antrag GUS: Aufnahme einer Richtlinie nach § 58 Absatz 1 Satz 2	532/2019
6.4.3	Antrag Gruppe GUS: Änderungen im Stellenplan des Fachbereichs Feuerwehr	533/2019
6.6.1	Ergebnisse Zuschussverhandlungen Großtagespflege in Wilhelmshaven	342/2019
6.6.2	Jugendparlament - Wahl- und Geschäftsordnung	343/2019
7	Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten	
8	Anfragen	
9	Einwohnerfragestunde	

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Becker eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Dr. von Teichman bat zum einen, **Tagesordnungspunkt 6.5.1** zu den Vorlagen des Ausschusses für Planen und Bauen zu verschieben.

Der Verschiebung des ehemaligen Punktes 6.5.1 als **neuer Punkt 6.2.4** wurde mehrheitlich zugestimmt.

Weiterhin bat **Herr Dr. von Teichman** die Tagesordnung um die Resolution zur Bahnanbindung zu erweitern. Der **Erweiterung der Tagesordnung** um die Resolution als neuem **Punkt 5.4** wurde einstimmig zugestimmt.

Die Tagesordnung wurde daraufhin in der geänderten Form festgestellt.

3 Aktuelle Stunde

Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde lagen nicht vor.

4 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Es lagen keine Berichte vor.

5 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat (Beigeordneter Hellwig)

5.1 Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien (auf Antrag der AfD-Fraktion)

Oberbürgermeister Feist führte ins Thema ein. Dabei bezog er sich auf die vorgebrachten Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Wieder-Aufnahme der Mitglieder der ehemaligen AfD-Fraktion in die AfD-Fraktion. Nach eingehender Prüfung und rechtlicher Würdigung der vom Vorsitzenden der AfD-Fraktion vorgelegten Beweise sehe die Verwaltung die Beweislast als erfüllt an.

Herr Schönfelder ergänzte, dass sich im Fall von Zweifeln an der Fraktionsbildung, wie hier von Herrn Tönjes vorgebracht, ein Feststellungsbeschluss über die Zusammensetzung des Rates empfehle. Maßgeblich bei der Prüfung sei das Bestehen der Homogenität der Fraktion. Dazu müsse es hinreichende Anhaltspunkte für ein dauerhaftes politisches Konzept und den Willen zur dauerhaften Zusammenarbeit geben. Es müsse ein möglichst gleichgerichtetes Wirken nach außen wahrnehmbar sein, wobei durchaus unterschiedliche Auffassungen herrschen dürften. Diese Beweislast habe der Fraktionsvorsitzende angetreten und als plausibel dargelegt.

Es gehe nun darum festzustellen, ob die Fraktion aus 2 oder 4 Mitgliedern bestehe.

Während die **Herren Hellwig** und **Jacques** die Auffassung der Verwaltung teilen konnten und ihre Zustimmung zur Rechtswirksamkeit der Bildung der AfD-Fraktion signalisierten, zeigten sich **Frau Weinstock** und **Herr von den Berg** skeptisch. Angesichts der Vorgeschichte sahen beide die notwendige Homogenität der Fraktion als nicht ausreichend nachgewiesen an.

Oberbürgermeister Feist wies darauf hin, es gehe hier nicht um eine politische Diskussion, sondern um Rechtsanwendung. Rat und Öffentlichkeit hätten einen Anspruch auf eine rechtlich saubere, wertneutrale Prüfung, welche durch die Verwaltung vorgenommen worden sei. Die erforderlichen Voraussetzungen würden verwaltungsseitig als erfüllt angesehen werden.

Der von **Frau Glaser** eingebrachte **Geschäftsordnungsantrag** auf „Ende der Debatte“ wurde nach Einwänden von **Herrn Tönjes** und **Herrn Dr. von Teichman** geändert in einen Antrag auf „**Schließen der Rednerliste**“. Dem Geschäftsordnungsantrag wurde bei 10 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen **mehrheitlich zugestimmt**.

Zwischen **Herrn Tönjes** und **Herrn Schönfelder** wurde erneut die Frage der Erfüllung der Beweislast gegenüber dem Rat und die Rechtmäßigkeit der Bildung der Fraktion erörtert.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, schlug **Herr Schönfelder** die folgende Formulierung für den Feststellungsbeschluss vor:

„Die ordnungsgemäße Sitzverteilung im Rat der Stadt wird wie folgt festgestellt:

11 Gruppe CDU/WBV
10 SPD-Fraktion
8 Gruppe GUS
4 Gruppe FDP/FW
4 AfD-Fraktion
1 fraktionslos.“

Der **Sitzverteilung** wurde daraufhin per Feststellungsbeschluss bei 7 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung wie vorgetragen **mehrheitlich zugestimmt**.

Anschließend erfolgten aus Anlass des Austritts von Herrn Seidel aus der SPD-Fraktion sowie Auflösung der AfD-Fraktion und Wieder-Aufnahme in die AfD-Fraktion folgende Umbesetzungen:

*(Es werden lediglich die **Änderungen** dargestellt! Alle übrigen Sitze und Besetzungen bleiben unverändert.)*

Betriebsausschuss GGS

SPD-Fraktion (der zweite Sitz entfällt)

Ratsherr Detlef Schön (Stv.: Ratsherr Kristian Stoermer)

AfD-Fraktion

Ratsherr Mirco Danner (Stv.: Ratsherr Thorsten Moriße)

CDU/WBV

Neuer Stv.: Beigeordneter Stefan Becker anstelle von Ratsherrn Martin Harms

Betriebsausschuss Krankenhaus

SPD-Fraktion (der zweite Sitz entfällt)

Beigeordneter Uwe Reese (Stv.: Beigeordneter Jörg Mündenwarf)

AfD-Fraktion

Ratsherr Thorsten Moriß (Stv.: Beigeordneter Prof. Lothar Preuß)

Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven

SPD-Fraktion (der zweite Sitz entfällt)

Ratsfrau Nurhayat Bakir (Stv.: Beigeordneter Jörg Mündenwarf)

AfD-Fraktion

Ratsherr Mirco Danner (Stv.: Ratsherr Thorsten Moriß)

Jugendhilfeausschuss

SPD-Fraktion (der zweite Sitz entfällt)

Ratsfrau Christina Heide (Stv.: Ratsfrau Nurhayat Bakir)

AfD-Fraktion

Ratsfrau Irina Moriß-Kappes (Stv.: Ratsherr Thorsten Moriß)

Ausschuss für Kultur

SPD-Fraktion (der dritte Sitz entfällt)

Ratsfrau Christina Heide

Beigeordneter Howard Jacques

AfD-Fraktion

Ratsherr Mirco Danner

Ausschuss für Personal, Datenverarbeitung und Gleichstellungsfragen

SPD-Fraktion (der dritte Sitz entfällt)

Ratsfrau Gesche Marxfeld

Beigeordneter Jörg Mündenwarf

AfD-Fraktion

Beigeordneter Prof. Lothar Preuß

Ausschuss für Planen und Bauen

SPD-Fraktion (der dritte Sitz entfällt)

Ratsherr Detlef Schön

Ratsherr Kristian Stoermer

AfD-Fraktion

Ratsherr Thorsten Moriß

Ausschuss für Soziales und Gesundheit

SPD-Fraktion (der dritte Sitz entfällt)

Ratsherr Al-Cafia Hammadi

Beigeordneter Uwe Reese

AfD-Fraktion

Ratsfrau Irina Moriße-Kappes

Ausschuss für Sport

SPD-Fraktion (der dritte Sitz entfällt)

Ratsherr Al-Chafia Hammadi

Beigeordneter Uwe Reese

AfD-Fraktion

Ratsherr Mirco Danner

Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz

SPD-Fraktion (der dritte Sitz entfällt)

Ratsfrau Christina Heide

Ratsherr Kristian Stoermer

AfD-Fraktion

Beigeordneter Prof. Lothar Preuß

Beratendes Mitglied gem. § 71 Abs. 4 S. 3 NKomVG

Ratsherr Sebastian Seidel

Rechnungsprüfungsausschuss

SPD-Fraktion (der dritte Sitz entfällt)

Ratsfrau Christina Heide

Ratsfrau Gesche Marxfeld

AfD-Fraktion

Ratsherr Mirco Danner

Schulausschuss

SPD-Fraktion (der dritte Sitz entfällt)

Ratsfrau Christina Heide (Stv. Ratsherr Kristian Stoermer)

Ratsfrau Gesche Marxfeld (Stv. Ratsherr Florian Wiese)

AfD-Fraktion

Ratsherr Thorsten Moriße (Stv. Ratsfrau Irina Moriße-Kappes)

Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft

AfD-Fraktion (erhält einen zweiten Sitz)

Ratsherr Thorsten Moriße

Beigeordneter Prof. Lothar Preuß

Aufsichtsrat GEW

Gruppe CDU/WBV (der zweite Sitz entfällt)

Beigeordneter Stephan Hellwig

AfD-Fraktion

Beigeordneter Prof. Lothar Preuß

Aufsichtsrat Stadtwerke Wilhelmshaven GmbH

SPD-Fraktion (der zweite Sitz entfällt)

Ratsherr Detlef Schön

AfD-Fraktion

Ratsherr Mirco Danner

Beirat Volkshochschule/Musikschule gGmbH

Gruppe GUS (der zweite Sitz entfällt)

Ratsfrau Helga Weinstock

AfD-Fraktion

Beigeordneter Prof. Lothar Preuß

Beirat für das Sanierungsgebiet Wilhelmshaven - Westliche Südstadt („Stadtteilbeirat“)

SPD-Fraktion (der zweite Sitz entfällt)

Ratsfrau Nurhayat Bakir

AfD-Fraktion

Ratsherr Thorsten Moriße

Den vorgetragenen Neu- und Umbesetzungen wurde anschließend bei 7 Gegenstimmen **mehrheitlich zugestimmt**.

Es folgte die **Verteilung der Ausschussvorsitze und Bestimmung der Vorsitzenden:**

1. Gruppe CDU/WBV: Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude

Vorsitzender: Ratsherr Helmut Möhle

Vertreter: Beigeordneter Stefan Becker

2. SPD-Fraktion: Ausschuss für Planen und Bauen

Vorsitzender: Ratsherr Detlef Schön

Vertreter: Ratsherr Kristian Stoermer

3. Gruppe GrünUnabhängigSozial: Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz

Vorsitzende: Ratsfrau Antje Kloster

Vertreterin: Ratsfrau Petra Stomberg

4. Gruppe CDU/WBV: Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft

Vorsitzender: Beigeordneter Stefan Becker

Vertreter: Ratsherr Uwe Heinemann

5. SPD-Fraktion: Ausschuss für Soziales und Gesundheit

Vorsitzender: Beigeordneter Uwe Reese

Vertreter: Ratsherr Al-Chafia Hammadi

Der Zugriff auf den 6. und 7. und 8. Ausschussvorsitz war zwischen der Gruppe GrünUnabhängigSozial, der Gruppe FDP/FW und der AfD-Fraktion durch den Ratsvorsitzenden durch Ziehen eines Loses zu entscheiden.

Gemäß Losentscheid fiel der 6. Ausschussvorsitz an die AfD-Fraktion, den 7. Ausschussvorsitz erhielt die Gruppe FDP/FW und die Gruppe GrünUnabhängigSozial erhielt den 8. Ausschussvorsitz:

6. AfD-Fraktion: Schulausschuss

Vorsitzender: Ratsherr Thorsten Moriß

Vertreter: Ratsherr Mirco Danner

7. Gruppe FDP/FW: Jugendhilfeausschuss

Vorsitzender: Ratsherr Dr. Günther Schulte

Vertreterin: Ratsfrau Petra Stomberg

8. Gruppe GrünUnabhängigSozial: Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven

Vorsitzender: Ratsherr Horst Dieter Walzner

Vertreter: Ratsherr Michael von den Berg

9. Gruppe CDU/WBV: Ausschuss für Personal, Datenschutz und Gleichstellungsfragen

Vorsitzender: Ratsherr Uwe Heinemann

Vertreter: Beigeordneter Stefan Becker

10. SPD-Fraktion: Ausschuss für Kultur

Vorsitzender: Beigeordneter Howard Jacques

Vertreter: Ratsfrau Christina Heide

11. Gruppe CDU/WBV: Ausschuss für Sport

Vorsitzender: Ratsherr Helmut Möhle

Vertreter: Ratsherr Hans-Jürgen Lietzmann

12. Gruppe GrünUnabhängigSozial: Rechnungsprüfungsausschuss

Vorsitzender: Ratsherr Andreas Tönjes

Vertreter: Ratsherr Georg Berner-Waindok

13. SPD-Fraktion: Betriebsausschuss Krankenhaus

Vorsitzender: Beigeordneter Uwe Reese

Vertreter: Beigeordneter Jörg Mückenwarf.

5.2 Berufung neuer Schulausschussmitglieder**344/2019**

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 16.12.2019 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Auf Vorschlag des Stadtschülerrates werden als Schülervertretung in den Schulausschuss berufen für die allgemeinbildenden Schulen:

Mitglied: Frau Jana-Marie Klein, Moselstr. 20,
26382 Wilhelmshaven

Vertreterin: Frau Alina Jacobs, Krabbenweg 21,
26388 Wilhelmshaven

und für die Berufsbildenden Schulen:

Mitglied: Herr René Gommers, Altemarkstr. 8, 26384 Wilhelmshaven.

Auf Vorschlag der Schulpersonalvertretungen der allgemeinbildenden Schulen wird als Lehrkräftevertretung in den Schulausschuss berufen:

Mitglied: Herr Alexander Krauß, Banter Weg 156, 26382 Wilhelmshaven.

5.3 Verabschiedung einer Resolution zur Erneuerung der Seeschleuse in der 4. Einfahrt**526/2019**

Herr Dr. von Teichman trug den Antrag vor und begründete diesen anschließend.

Die **Herren Hellwig, von den Berg, Prof. Preuß** und **Jacques** begrüßten das Anliegen und signalisierten ihre Zustimmung.

Herr Hellwig betonte zudem, dass nicht nur eine Neubeschaffung, sondern auch eine regelmäßige Wartung der dann neuen Tore dringend geraten sei.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-
(bei 1 Enthaltung)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven fordert das Verteidigungsministerium als Eigner der Seeschleuse in Wilhelmshaven (4. Einfahrt) auf, umgehend die 2 Kammern der Schleuse mit jeweils zwei neuen Toren zu versehen, so dass jederzeit der Zugang zum inneren Hafen gewährleistet ist und die in den beiden letzten Jahren aufgetretenen z.T. länger andauernden Ausfallzeiten vermieden werden. Die bereits in den Bundeshaushalt eingestellten Mittel müssen überprüft werden, ob sie für diese Maßnahmen ausreichen, ggf. sind sie noch für den jetzt in Planung befindlichen Zeitraum des Bundeshaushaltes auf die notwendige Höhe aufzustocken.

In der Folge sind durch ein geeignetes Schwimmdock die ausreichenden technischen Voraussetzungen zu schaffen, um die Unterhaltung, Wartung und ggf. kurzfristig notwendige Reparaturen und Sanierungsarbeiten dauerhaft zu gewährleisten. Nur so – sowie durch die Bereitstellung der notwendigen organisatorischen und personellen Ressourcen – können erneute längerfristige Ausfallzeiten vermieden werden.

5.4 Verabschiedung einer Resolution zum Ausbau der Bahnanbindung für die Region Friesland/Wittmund/Wilhelmshaven

Herr Dr. von Teichman brachte auch diesen Antrag ein und begründete diesen.

Das Anliegen erfuhr die volle Zustimmung seitens der **Herren von den Berg, Hellwig, Jacques** und **Prof. Preuß**.

Oberbürgermeister Feist betonte die Notwendigkeit eines kraftvollen Signals aus der Region gemeinsam mit der Wirtschaft. Die Verbesserung der Schienenverkehrsanbindung der Region sei für zahlreiche Bereiche von elementarer Bedeutung und darüber hinaus ein wichtiges Element für die Fortführung der Elektrifizierung.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Resolution zur Schienenverkehrsanbindung der Region Wilhelmshaven / Friesland / Wittmund

Der Landkreis Friesland sowie der Landkreis Wittmund und die Stadt Wilhelmshaven sind für Einheimische und Gäste auf eine gute Schienenverkehrsanbindung dringend angewiesen. So wie die Verkehrsregion Ems-Jade (VEJ) sich bekanntermaßen seit langem für eine verbesserte (Fernverkehrs-)Anbindung der Region Wilhelmshaven/Friesland/Wittmund einsetzt, so stellt auch der Rat der Stadt Wilhelmshaven diese Belange als politische Forderung besonders in den Vordergrund und unterstützt die folgenden Maßnahmen:

1. Anbindung in Richtung Süd-Ost

Regionalexpress Hannover-Wilhelmshaven

Erfreulicherweise plant die Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen zum Fahrplanwechsel 2023 eine erste deutliche Aufwertung der Anbindung unserer Region. (Nach neuester Information dauernd die Planungen bis 2024 an).

Die RE-1-Linie Hannover – Norddeich soll dann in Oldenburg geflügelt werden, so dass zweistündlich Direktverbindungen von Hannover über Oldenburg, Friesland nach Wilhelmshaven entstehen. Dies ist ein erster guter Schritt.

Intercity-Anbindung

Darüber hinaus schlagen wir vor, auch zu prüfen, ob der Ost-West-Intercity, zurzeit von Leipzig/Berlin nach Emden-Norddeich-Mole, in Oldenburg ebenfalls geflügelt werden kann. Mit der Kombination beider Linien hatte Wilhelmshaven/Friesland eine sehr gute Anbindung in südöstlicher Richtung

2. Anbindung in Richtung Süd-West

Verbesserter Übergang in Osnabrück

Die Erschließung in Richtung Süd-West sollte über

Osnabrück/Münster erfolgen. Hierzu ist es notwendig, die Qualität der Fahrzeuge in Anlehnung an einen Fernverkehrszug zu verbessern und es bedarf besserer Übergänge. Die VEJ ist hierbei in Kontakt zu den Planern des Deutschlandtaktes. Nach den uns vorliegenden Informationen sehen diese einen verbesserten, d.h. kürzeren Übergang in Osnabrück zwischen dem Fernverkehr und der Regionalexpresslinie nach Wilhelmshaven vor.

Flügelung in Sande

Ein weiterer Schritt, der zu einer deutlichen Aufwertung führen würde, wäre eine Flügelung im Bahnhof Sande, so dass die Gäste, die vom Fernverkehr in Osnabrück in Richtung Küste umsteigen, direkt nach Wilhelmshaven bzw. nach Esens gelangen könnten. Die VEJ setzt sich darüber hinaus für eine Verlängerung der Bahnstrecke nach Bensersiel ein.

Zugmaterial

Die derzeit eingesetzten Fahrzeuge sind für den Fernreiseverkehr nur bedingt geeignet. Vielmehr sollten Fahrzeuge eingesetzt werden, die für eine längere Aufenthaltsdauer im Zug ausgelegt sind und gute Mitnahmemöglichkeiten für Großgepäck und Fahrräder bieten.

Züge mit Wasserstoffantrieb

Wir gehen davon aus, dass mit der Elektrifizierung der Strecke Oldenburg – Wilhelmshaven zukünftig auf der Ost-West-Richtung nur noch E-Züge fahren werden. Eine Elektrifizierung des Abschnittes Oldenburg – Osnabrück ist zwar wünschenswert, aber zurzeit nicht vorgesehen. Hier käme als Alternative ein Wasserstoffantrieb in Frage, gleiches gilt im Übrigen für die Strecke Esens- Sande. Die VEJ ist in dieser Sache bereits beim MW vorstellig geworden und wir sehen gute Chancen, solche Züge in unserer Region einzusetzen.

Dieses Maßnahmenpaket bedeutet für die Bahnanbindung der Region Wilhelmshaven/Friesland/Wittmund eine enorme Aufwertung und wird in der Folge einen deutlichen Anstieg der Fahrgastzahlen nach sich ziehen– davon sind wir überzeugt!

Auf dieser Basis fordert der Rat der Stadt Wilhelmshaven die Verantwortlichen von Bund, Land und DB auf, die Voraussetzungen für einen leistungs- und zukunftsfähigen Schienenpersonenverkehr für die Region zu schaffen.

Zudem verlangt der Rat der Stadt Wilhelmshaven von der Nordwestbahn, dass sie ihre vertraglichen Verpflichtungen unverzüglich und vollständig erfüllt und unsere Region endlich mit einem verlässlichen Schienenpersonenverkehr versorgt.

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven fordert von der LNVG als Auftraggeber, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Nordwestbahn als Auftragnehmer entsprechend zu beeinflussen.

6 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat**6.1** Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft (Beigeordneter Becker)**6.1.1** Haushaltsplanung für die Jahre ab 2021**325/2019**

Herr Heinemann trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 16.12.2019 vor.

Zwischen **Herrn von den Berg, Herrn Hellwig, Herrn Jacques, Herrn Tönjes** und **Frau Glaser** wurde kurz diskutiert, ob statt eines Doppelhaushalts nicht ein jährlicher Haushalt verabschiedet werden solle. Herr Tönjes äußerte Bedenken, da mitten in den nächsten Haushalt die Kommunalwahl und die konstituierende Sitzung des neuen Rates fallen. Herr Hellwig und Frau Glaser sahen jedoch gerade durch den Doppelhaushalt eine Vereinfachung und Entzerrung für Rat und Verwaltung. Herr Jacques bat, ausreichend Zeit zur Vorbereitung in den Fraktionen einzuplanen.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
 (bei 5 Nein-Stimmen)

Die Verwaltung wird beauftragt, für die Jahre 2021/2022 einen Doppelhaushalt zu entwerfen und zur Beschlussfassung planmäßig im Rat am 25.11.2020 vorzubereiten. Die sich daran anschließende Mittelfristige Finanzplanung erstreckt sich auf die Jahre 2023 bis 2025.

6.1.2 Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Wilhelmshaven über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer**328/2019**

Herr Heinemann trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 16.12.2019 vor.

Herr Müller informierte über die vorgenommenen Änderungen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-
 (bei 1 Enthaltung)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Wilhelmshaven über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer zum 01.01.2020.

6.1.3 Nachbewilligung zum Haushalt 2019**346/2019**

Herr Heinemann trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 16.12.2019 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt gem. § 58 Abs. 1 Nr. 9 NKomVG die Nachbewilligung in Höhe von 268.259,90 € nach § 117 NKomVG zum Haushalt 2019.

6.1.4 Entsendung von Vertretern in den Aufsichtsrat der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH **347/2019**

Herr Heinemann trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 16.12.2019 vor.

Als Mitglieder im Aufsichtsrat wurden benannt:

Gruppe CDU/WBV

Bürgermeisterin Ursula Glaser
Ratsherr Hans-Jürgen Lietzmann
Herr Klaus-Peter Schaps

SPD-Fraktion

Bürgermeister Uwe Reese
Ratsherr Jörg Mündenwarf
Ratsherr Kristian Stoermer

Gruppe GrünUnabhängigSozial

Ratsfrau Petra Stomberg
Ratsherr Georg Berner-Waindok
Erster Stadtrat Armin Schönfelder

Gruppe FDP/FW

Ratsherr Dr. Günther Schulte

AfD-Fraktion

Ratsherr Thorsten Moriß.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 5 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven entsendet nach in Kraft treten der geänderten Satzung für die Klinikum Wilhelmshaven gGmbH (spätestens aber zum 01.01.2020) die folgenden Vertreter der Stadt Wilhelmshaven in den Aufsichtsrat:

- | | |
|--------------------------------------|------------------|
| 1. Bürgermeisterin Ursula Glaser | (Gruppe CDU/WBV) |
| 2. Ratsherr Hans-Jürgen Lietzmann | (Gruppe CDU/WBV) |
| 3. Herr Klaus-Peter Schaps | (Gruppe CDU/WBV) |
| 4. Bürgermeister Uwe Reese | (SPD-Fraktion) |
| 5. Ratsherr Jörg Mündenwarf | (SPD-Fraktion) |
| 6. Ratsherr Kristian Stoermer | (SPD-Fraktion) |
| 7. Ratsfrau Petra Stomberg | (Gruppe GUS) |
| 8. Ratsherr Georg Berner-Waindok | (Gruppe GUS) |
| 9. Erster Stadtrat Armin Schönfelder | (Gruppe GUS) |
| 10. Ratsherr Dr. Günther Schulte | (Gruppe FDP/FW) |
| 11. Ratsherr Thorsten Moriß | (AfD-Fraktion). |

6.2 Ausschuss für Planen und Bauen (Ratsherr Schön)6.2.1 Bebauungsplan Nr. 23, 1. Änderung (vorhabenbezogen) / Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 30 (VEP 30) -Gartengelände Hegelstraße (ehem. Botanischer Garten)- Entwurfsbeschluss **281/2019**

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 10.12.2019 vor.

Herr Möhle beantragte für die Gruppe CDU/WBV, den Beschlussvorschlag sowie den Tagesordnungspunkt um die Worte „(ehem. Botanischer Garten)“ zu ergänzen. Anschließend begründete er das Anliegen.

In Beantwortung einer Nachfrage von **Herrn von den Berg** erklärte **Herr Leinert**, die Themen „Fledermausbesatz“ und „Vogelflug“ seien im Rahmen der Erstellung des Umweltberichtes abgearbeitet und als verträglich eingestuft worden.

Herr Jacques äußerte sich lobend über die im Ausschuss vorgestellten Planungen und signalisierte die Zustimmung seiner Fraktion.

Herr Walzner hielt den von Herrn Möhle beantragten Bezug zum Botanischen Garten für nicht sinnvoll, da das Gelände ein wesentlich größeres Areal umfasse, als allein das des ehemaligen Botanischen Gartens.

Der **Änderungsantrag der Gruppe CDU/WBV** wurde bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung **mehrheitlich angenommen**.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 3 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Entwurf der 1. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 23 (vorhabenbezogen)/ Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 30 (VEP 030) –Gartengelände Hegelstraße (ehem. Botanischer Garten)- zu und beschließt, diesen einen Monat lang öffentlich auszulegen. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

(geändert auf Antrag der Gruppe CDU/WBV im Rat am 18.12.2019)

6.2.2 Straßenbenennung im Geltungsbereich des Bebauungsplanes 23, 1. vorhabenbezogene Änderung / Vorhaben-und Erschließungsplan 30 (VEP 30) - Gartengelände Hegelstraße **300/2019**

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 10.12.2019 vor.

Herr Dr. von Teichman erklärte, seine Gruppe werde sich enthalten, da die Benennung besser hätte am Standort des neuen Botanischen Gartens hätte erfolgen sollen.

Die **Herren von den Berg** und **Möhle** signalisierten ihre Zustimmung. Mit Loki Schmidt sei eine verdienstvolle Namensgeberin gefunden worden.

Herr Möhle bat abschließend, die von ihm im letzten Tagesordnungspunkt vorgebrachte Änderung auch für diesen Punkt zu übernehmen.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 1 Nein-Stimme und 3 Enthaltungen)

Die Planstraße im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 23, 1. vorhabenbezogene Änderung (VEP 30) "Gartengelände Hegelstraße" (ehem. Botanischer Garten) erhält die Bezeichnung:

„Loki-Schmidt-Weg“

6.2.3 Bebauungsplan Nr. 90, 1. Änderung **335/2019**
-Posener Straße zwischen Preußen- und Möwenstraße -
Aufstellungsbeschluss

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 10.12.2019 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-
(bei 1 Enthaltung)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634), die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 90, 1. Änderung -POSENER STRASSE ZWISCHEN PREUSSEN- UND MÖWENSTRASSE- im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung und mit Verzicht auf die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden gem. §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

Herr Becker unterbrach anschließend die Sitzung für eine **Pause von 17.55 Uhr bis 18.15 Uhr.**

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung erfolgte die weitere Beratung der Punkte des Ausschusses für Planen und Bauen.

6.2.4 Bebauungsplan Nr. 62, 3. Änderung - Freigebiet Freiligrathstraße - **285/2019**
Aufstellungsbeschluss
(ursprüngl. TOP 6.5.1)

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 12.11.2019 vor.

Herr Hellwig erinnerte daran, dass der Rat die Bebauung eines stillgelegten Sportplatzes mit Wohneinheiten und Kindertagesstätte bereits früher schon abgelehnt habe. Es stehe zu befürchten, dass es durch die Geräuschentwicklung zu Problemen mit den Anwohnern und einer Einschränkung des Spielbetriebes komme. Er sehe keinen Sinn darin, die Wohnbebauung näher an den Sportplatz heranzuführen. Seine Gruppe werde den Beschlussvorschlag daher nicht mittragen.

Herr Möhle nannte Beispiele, in denen es bereits zu Einschränkungen des Spielbetriebes an der Freiligrathstraße gekommen sei. Die jeweiligen Sportvereine würden damit in ihren Aktivitäten eingeschränkt. Darüber hinaus sei der Bedarf an Plätzen für die Kinderbetreuung in diesem Bereich gedeckt und damit ebenfalls nicht erforderlich. Auch der Stadtsportbund habe sich für den Erhalt des Sportplatzes ausgesprochen. Er appellierte daher ebenfalls, den Beschlussvorschlag abzulehnen.

Herr von den Berg stimmte den Ausführungen seiner Vorredner zu. Ihm stelle sich die Frage, warum ein Sportpark errichtet worden sei, wenn dessen Nutzung durch die neue Wohnbebauung eingeschränkt werde. Vielmehr sei der Sport in der Region noch mehr zu fördern. Dennoch wolle er betonen, dass seine Gruppe nicht gegen die Errichtung einer Kindertagesstätte ist, hier bitte er den Baudezernenten dringend, nach entsprechenden Alternativen zu suchen. Eventuell komme das ehemalige Aldi-Gebäude dafür in Frage? Die Fläche des Sportparks sollte jedoch nicht angetastet werden.

Herr Ressel hielt dem entgegen, dass die genannten Auswirkungen noch keinesfalls sicher feststünden und zunächst geprüft werden müssten. Er rate daher, den Vorschlag nicht allein aufgrund von Vermutungen abzulehnen.

Herr Schön erklärte, er habe sich ursprünglich für den Beschlussvorschlag ausgesprochen, besonders vor dem Aspekt der innerstädtischen Nachverdichtung. Im Bauausschuss sei zudem betont worden, dass der Sport im Vordergrund stehe. Er bezweifle jedoch, dass der Sportpark im Falle einer Wohnbebauung nicht doch gefährdet werden könne. Er werde sich daher heute der Stimme enthalten.

Herr Ehlers bezog sich auf die Vorschriften des Immissionsschutzes, wonach ein Beschädigter das Recht besitze, die störenden Immissionen abstellen zu lassen. Einen Bestandsschutz gebe es dabei nicht. Auch spielten etwaige gutachterliche Stellungnahmen dann keine Rolle mehr. Da mit Einschränkungen zu rechnen sei, sei der Sport in dieser Situation immer im Nachteil. Er halte eine Wohnbebauung in der Stadt durchaus auch an anderer Stelle für möglich.

Herr Marušić führte dazu aus, dass im Rahmen des Verfahrens zum Aufstellungsbeschluss eben jene Bedenken geprüft würden. Eine Zustimmung sei daher unschädlich.

Herr Walpurgis, Frau Zaage und Frau Weinstock äußerten sich ablehnend gegenüber den Planungen: Wilhelmshaven sei es als Sportstadt den Vereinen im Sportpark schuldig, dort ihren Sportbetrieb fortführen zu können. Der Rat wolle weder Wohnbebauung noch eine Kindertagesstätte auf dem Gelände des Sportparks; daher mache es keinen Sinn, Geld für die Prüfung eines Umstandes auszugeben, der gar nicht gewollt sei.

Die **Herren Jacques und Dr. Schulte** warben um Zustimmung. Ihrer Meinung nach müsse die Diskussion sachlich und nüchtern geführt werden. Schließlich sei die Sportanlage bereits nach hinten erweitert worden, um an der Straße gegebenenfalls Wohnbebauung zu schaffen. Selbstverständlich sei das Thema „Immissionsschutz“ wichtig, doch gerade dafür solle im Rahmen des Verfahrens

ein Gutachten erstellt werden. Gerade bei diesem Thema gehe es um messbare und damit auch einschätzbare Fakten. Sobald sich das Ergebnis der Prüfung als grenzwertig erweise, könne das Verfahren immer angehalten werden. Darüber hinaus dürfe der gesetzliche Auftrag der Nachverdichtung nicht außer Acht gelassen werden. Es dürften nicht immer neue Flächen versiegelt werden, wenn bestehende Flächen vorhanden seien. Beide appellierten daher für eine Zustimmung zur heutigen Beschlussvorlage.

Oberbürgermeister Feist warf die Frage auf, warum die Vorlage nicht auch im Jugendhilfeausschuss vorberaten worden sei. Schließlich gehe es hier ebenso um die Frage der Notwendigkeit der Errichtung einer Kindertagesstätte. Diese Möglichkeit sollte zumindest geprüft werden, um im Bedarfsfall entsprechend agieren zu können. Auch er appellierte, der Verwaltung die Möglichkeit zu geben, das Thema überhaupt angehen und untersuchen zu können.

An der folgenden ausführlichen Diskussion beteiligten sich die **Herren Heinemann, Reese, Dr. von Teichman, Hellwig, Becker** und **Marušić**. Dabei wurde die Frage erörtert, in wie weit eine Wohnbebauung den Sportbetrieb einschränke und ob ein Aufstellungsbeschluss überhaupt sinnvoll sei, wenn sich eine überwiegende Mehrheit gegen eine Wohnbebauung ausspreche.

Der anschließend von **Frau Kloster** eingebrachte Geschäftsordnungsantrag auf **Schließen der Rednerliste** wurde **mehrheitlich angenommen**, hatte aber keine Auswirkungen, da keine Wortbeiträge mehr vorlagen.

Beschluss: -mehrheitlich **abgelehnt**-
(bei 5 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des §2 Abs.1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) die Aufstellung der 3. Änderung zum Bebauungsplan Nr.62 - FREIGEBIET FREILIGRATHSTRASSE - im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung und mit Verzicht auf die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden gem. § 3 Abs.1 und § 4 Abs. 1 BauGB.

6.2.5 Straßenbenennung im Geltungsbereich des Bebauungsplanes 146, **334/2019**
1. Änderung Deichbrücke / Jadestraße (Wiesbadenbrücke)

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 10.12.2019 vor.

Herr Tönjes brachte für die Gruppe GrünUnabhängigSozial den folgenden **Änderungsantrag** ein:

„Die Planstraße im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 146, 1. Änderung „Deichbrücke / Jadestraße (Wiesbadenbrücke)“ erhält die Bezeichnung: „Gorch-Fock-Straße“.

Herr Hellwig wies darauf hin, dass die Benennung der Wiesbadenbrücke in Gedenken der Toten auf dem gleichnamigen kaiserlichen Kriegsschiff erfolgt sei, welches in der Skagerrak Schlacht gesunken sei.

Herr Ressel fügte hinzu, man solle den Wunsch der Spar+Bau als Geldgeber respektieren.

Herr Tönjes hielt dem entgegen, dass diese Benennung aufgrund ihres nationalsozialistischen Bezuges nicht unterstützt werden solle. Dieses dürfe so nicht unkommentiert bleiben, ebenso wenig die Erinnerungstafel. Er empfehle daher, Gespräche mit der Spar+Bau aufzunehmen.

Der **Änderungsantrag** von Herrn Tönjes wurde bei 7 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung **mehrheitlich abgelehnt**.

Daraufhin **beantragte Herr Tönjes die Vertagung** des Tagesordnungspunktes, um eine Stellungnahme der Spar+Bau einholen zu können.

Der **Vertagungsantrag** wurde bei 8 Ja-Stimmen ebenfalls **mehrheitlich abgelehnt**.

Herr Hellwig appellierte, dem Wunsch der Spar+Bau Rechnung zu tragen und der Vorlage zuzustimmen.

Herr Dr. von Teichman ergänzte, dass sich die Namensgebung eingebürgert habe und für die Wilhelmshavener der von Herrn Tönjes geschilderte Hintergrund kein Problem darstelle.

Herr von den Berg signalisierte, die Gruppe GUS wolle namentliche Schieflagen beseitigen; diese bereiteten unnötigen Verdross.

An der weiteren Diskussion über den Hintergrund der Namensgebung beteiligten sich **Herr Ehlers, Frau Breuer, Herr Heinemann, Herr Dr. Schulte** und **Herr Tönjes**.

Der in Folge dessen von **Herrn Prof. Preuß** eingebrachte Geschäftsordnungsantrag auf **Schluss der Debatte** wurde bei 4 Gegenstimmen und 1 Enthaltung **mehrheitlich angenommen**.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 5 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen)

Die Planstraße im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 146, 1. Änderung "Deichbrücke / Jadestraße (Wiesbadenbrücke)" erhält die Bezeichnung:

„Auf der Wiesbadenbrücke“

6.2.6 Nahverkehrsplan 2020 - 2024

333/2019

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 10.12.2019 vor.

Frau Kloster sprach als Vertreterin des Ortsrates. Dort werde die Anbindung von Sengwarden als nicht optimal erachtet. Die Verwaltung werde daher gebeten, das Anliegen zu unterstützen und das Angebot zu verbessern.

Herr Dr. von Teichman zeigte anhand verschiedener Beispiele auf, dass aus Kostengründen eine Verbesserung des Radverkehrs erfolgen sollte. Dennoch gebe es auch durchaus positive Punkte, die eine Menge Anregungen für die Zukunft böten. Insgesamt sei man hier auf einem guten Weg.

Herr Hellwig nannte die Fortschreibung wichtig, um zu weiteren Verbesserungen zu kommen. Er bitte jedoch, auf den Wegfall der „Rufmich-Busse“ zu verzichten. Seine Gruppe stimme der Vorlage insgesamt aber gerne zu.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-
(bei 1 Enthaltung)

Die Fortschreibung des Nahverkehrsplans der Stadt Wilhelmshaven für die Jahre 2020 – 2024 wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

6.2.7 Veränderungssperre Nr. 24 zum Bebauungsplan Nr. 40, 6. Änderung -Havermonikenstraße - Kohlenhafen- Satzungsbeschluss **319/2019**

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 10.12.2019 vor.

Herr Hellwig erinnerte an den dazugehörigen Beschluss aus der letzten Ratssitzung, der auf Antrag der Gruppe CDU/WBV erfolgt war. Der heutige Satzungsbeschluss sei die unmittelbare Folge daraus. Er empfehle eine Zustimmung, damit Rat und Verwaltung sich hier nicht selbst blockierten.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 14 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen)

Für das Gebiet des vom Rat der Stadt Wilhelmshaven zur Aufstellung beschlossenen Bebauungsplanes Nr. 40, 6. Änderung – Havermonikenstraße-Kohlenhafen - wird gem. §§ 14 (1) und 16 (1) des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) sowie der §§ 10 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in den z.Zt. geltenden Fassungen die Veränderungssperre Nr. 24 gem. Vorlage (Bl. 1-2) als Satzung beschlossen.

Die Vorlage ist Bestandteil des Protokolls.

6.2.8 Antrag Gruppe CDU/WBV: Bürgerbefragung zum Standort einer neuen Stadthalle **530/2019**

Herr Schön brachte den Antrag der Gruppe CDU/WBV ein.

Herr Hellwig bezeichnete die Bürgerbefragung als eine wichtige Entscheidungshilfe für den Rat.

Herr Dr. von Teichman erinnerte daran, dass der Verwaltungsausschuss die Entscheidung vertagt habe und daher heute im Rat ein Beschluss nicht möglich sei.

Herr Möhle informierte, im Ausschuss für Planen und Bauen sei ein Gutachten in Aussicht gestellt worden, mit dem die verschiedenen Standortalternativen untersucht würden. Sobald dieses vorliege, solle eine Informationsveranstaltung für die Bürgerinnen und Bürger stattfinden. Aus diesem Grunde habe sich der Ausschuss für eine Vertagung des Antrages ausgesprochen. Der Verwaltungsausschuss sei dem gefolgt und er **beantrage** nun ebenfalls für den Rat die **Vertagung dieses Punktes bis zum Vorliegen des Gutachtens**.

Der Vertagungsantrag wurde einstimmig angenommen.

Beschluss: -vertagt-

Die Verwaltung wird beauftragt, zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Bürgerbefragung durchzuführen und dafür eine Satzung zu erarbeiten. Bei der Befragung sollten die beiden möglichen Standorte (Banter See/gegenwärtiger Standort) zur Wahl gestellt werden. Des Weiteren sollte zur Wahl gestellt werden, ob die Bürger einen Neubau eine Sanierung/Umbau im Bestand vorziehen.

6.3 Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude (Ratsherr Möhle)

6.3.1 Jahresabschluss des Eigenbetriebes Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven (GGs) 2018 sowie die Entlastung der Betriebsleitung **130/2019**

Herr Möhle trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Grundstücke und Gebäude vom 05.12.2019 vor und dankte allen Beteiligten für die geleistete Arbeit.

Herr Dr. von Teichman stimmte Herrn Möhle zu und hob einige besonders erwähnenswerte Projekte hervor.

Leider bestehe ein hoher Personalmangel, verschärft durch lange Nachbesetzungszeiten. Dies müsse sich dringend ändern. Darüber hinaus koste der weiter angewachsene Schuldenstand Zinsen, die es zu finanzieren gelte. Die Energiekosten haben insgesamt zwar gesenkt werden können, doch müsse an einer weiteren Reduzierung gearbeitet werden. Insgesamt sehe er die Entwicklung jedoch auf einem guten Weg.

Herr Hellwig bescheinigte dem Eigenbetrieb ebenfalls gute Arbeit und dankte der Betriebsleitung sowie den Beschäftigten. Den Ausführungen von Herrn Dr. von Teichman hielt er entgegen, dass der Rat die angesprochenen hohen Investitionskredite selbst beschlossen habe. Darüber hinaus dürfe nicht außer Acht gelassen werden, dass den Ausgaben auch entsprechende Leistungen entgegenstünden.

Herr von den Berg schloss sich dem Dank an, machte aber ebenfalls auf die sehr schlechte Personalsituation aufmerksam. Seine Gruppe fordere für das kommende Jahr daher einen besseren Personalbestand. In der jetzigen Situation gingen die Mitarbeiter weit über ihr Limit.

Herr Heinemann mahnte zur Vorsicht bei den Darlehen. Er regte an, wegen der Zinsen eine Umschichtung zu prüfen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-
(bei 1 Enthaltung)

1. Der Jahresabschluss des Eigenbetriebes Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven zum 31.12.2018 wird gemäß Abschlussprüfung vom Diplom-Ökonom Herrn Hans-Jürgen Behrens im Auftrag des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Wilhelmshaven mit einem Jahresergebnis von **1.942.837,76 €** festgestellt. In diesem Zusammenhang wird ebenfalls der Rechenschaftsbericht festgestellt.

Das Jahresergebnis des Wirtschaftsjahres 2018 ist wie folgt zu verwenden:

1.183.671,11 € Eigenkapitalverzinsung werden an den Haushalt der Stadt Wilhelmshaven abgeführt.

Der Betrag von **759.166,65 €** wird der außerordentlichen Rücklage zugeführt.

2. Gemäß § 33 der Niedersächsischen Eigenbetriebsverordnung (EigBetrVO) wird der Betriebsleitung Entlastung erteilt.

6.4 Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz
(Ratsfrau Kloster)

6.4.1 Vereinbarung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst und die Entgeltordnung für den Rettungsdienst Wilhelmshaven **324/2019**

Frau Kloster trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz vom 04.12.2019 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

1. Der Rat stimmt der Vereinbarung der Stadt Wilhelmshaven mit den gesetzlichen Krankenkassen und der gesetzlichen Unfallversicherung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst gemäß § 15 des Niedersächsischen Rettungsdienstgesetzes (NRettdG) ab dem 01.01.2020 zu.
2. Der Rat beschließt die Entgeltordnung für den Rettungsdienst der Stadt Wilhelmshaven in der Fassung vom 01.01.2020.

6.4.2 Antrag GUS: Aufnahme einer Richtlinie nach § 58 Absatz 1 Satz 2 **532/2019**

Herr Tönjes trug den Antrag der Gruppe GUS vor und begründete diesen anschließend ausführlich.

An der folgenden ausführlichen Debatte beteiligten sich die **Herren Schön, Ressel, von den Berg** und **Dr. Schulte**. Diese wurde beendet, nachdem der **Geschäftsordnungsantrag** von **Herrn Moriß** auf Ende der Debatte **mehrheitlich angenommen** worden war.

Nachdem **Herr Tönjes** sein Schlusswort zu diesem Thema gehalten hatte, unterbrach **Herr Becker** die Sitzung für eine **Pause von 20.00 Uhr bis 20.10 Uhr**.

Beschluss: -mehrheitlich **abgelehnt**-
(bei 9 Ja-Stimmen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven möge beschließen:

Aufnahme einer Richtlinie nach § 58 Absatz 1 Satz 2

Für die Zulassung von Veranstaltungen/Benutzung öffentlicher Einrichtungen, gemeindeeigenen Flächen/Plätzen deren Schaffung und Unterhaltung keine Pflichtaufgabe, sondern eine freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe darstellt, ist der Ermessensspielraum dahingehend auszulegen, dass eine Gefährdung des Gemeinwohls durch mitgeführte Wildtiere, hierunter fallen insbesondere Elefanten, Flusspferde, Giraffen, Großbären, Großkatzen, Nashörner, Primaten ab Makakengröße und Wölfe, vollkommen ausgeschlossen werden kann.

6.4.3 Antrag Gruppe GUS: Änderungen im Stellenplan des Fachbereichs Feuerwehr **533/2019**

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung brachte **Frau Kloster** den Antrag der Gruppe GUS ein und begründete diesen anschließend. Sie informierte, dass **Punkt 3 des Antrages zurückgezogen** werde.

Herr Jaques hielt eine Vorberatung des Antrags im Ausschuss für Personal, Datenverarbeitung und Gleichstellungsfragen für sinnvoll. Daher beantragte er die **Verweisung** des Antrages in diesen Ausschuss.

Der Verweisungsantrag wurde **einstimmig angenommen**.

Beschluss: -an Fachausschuss **verwiesen**-

1

Die Verwaltung wird beauftragt, Änderungen im Stellenplan des Fachbereichs Feuerwehr (FB 37) und eine Vorlage zu einem entsprechenden Nachtragsstellenplan bis zum Ende des zweiten Quartals 2020 vorzubereiten und dem Rat zum Beschluss vorzulegen.

2

Die Verwaltung wird beauftragt schnellstmöglich Planstellen des Rückwertigen Dienstes auf Basis der Handlungsempfehlungen der vorliegenden Organisationsuntersuchung neu zu beschreiben sowie zu bewerten und somit die Attraktivität der zum Teil unbesetzten Stellen zu steigern.

3

~~Für die Stellen von Einsatzleiterinnen und Sachbearbeiterinnen, die derzeit mit der Besoldungsgruppe A10 bewertet werden, soll anhand des KGSt-Berichtes für Berufsfeuerwehren (Juni 2019) und~~

~~ggf. anhand neuer Stellenbeschreibungen eine Höherbewertung auf die Besoldungsgruppe A11 erfolgen.~~

6.5 Ausschuss für Sport (Ratsherr Möhle)

Punkt 6.5.1 wurde zu Tagesordnungspunkt 6.2.4!

6.6 Jugendhilfeausschuss (Ratsherr Dr. Schulte)

6.6.1 Ergebnisse Zuschussverhandlungen Großtagespflege in Wilhelmshaven

342/2019

Herr Dr. Schulte trug den Beschlussvorschlag des Jugendhilfeausschusses vom 11.12.2019 vor.

Frau Heide äußerte ihre Bedenken: Zum einen seien gemäß dem aktuellen Kindertagesstätten Bedarfsplan alle Kinder mit einem Betreuungsplatz versorgt, in nächsten Jahr sei mit einer Steigerung um 0,8 % zu rechnen. Plätze in einer Großtagespflege einzurichten koste Geld, welches ihrer Meinung nach jedoch besser in den Ausbau von Kindertagesstätten investiert werden solle. Zum anderen handele es sich bei dem Personal der Großtagespflegen um nicht voll ausgebildete Personen, da hier Arbeitslose eingesetzt werden sollten. Auch die Befristung dieser Lösung halte sie für nicht optimal. Nach Auslaufen des Projektes fielen die betreffenden Personen wieder in den Hartz-IV-Bezug zurück und stünden noch dazu ohne berufliche Qualifikation dar. Sie werde sich daher bei der Abstimmung enthalten.

Herr von den Berg wies darauf hin, dass bei Änderungswünschen immer der Weg für einen entsprechenden Änderungsantrag offen stehe. Sofern Frau Heide ein Statement setzen wolle, halte er eine Enthaltung für den falschen Weg. Seine Gruppe werde der Vorlage zustimmen.

Herr Schönfelder appellierte, nicht in eine weitere Fachdiskussion zu verfallen. Hinsichtlich der von Frau Heide geäußerten Bedenken erklärte er, dass die Großtagespflege als ergänzendes Angebot zur Betreuung in Kindertagesstätten etabliert werden solle. Das dortige Personal sei sehr wohl qualifiziert, die Betreffenden erhielten eine entsprechende Ausbildung. Für den dafür in Frage kommenden Personenkreis könne diese Ausbildung einen Einstieg in eine Beschäftigung bedeuten und müsse damit viel mehr als Chance gesehen werden und nicht als menschenverachtend, wie von Frau Heide skizziert.

Herr Jacques wies darauf hin, es handele sich um eine persönliche Erklärung von Frau Heide, nicht die der Fraktion. Im Gegenzug zur Fraktion habe Frau Heide immer gegen diese Planungen gestimmt. Keiner werde gegängelt, Frau Heide enthalte sich daher und die Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Herr Ehlers erinnerte daran, dass das Thema bereits in mehreren Ausschusssitzungen ergiebig behandelt worden sei. Er wolle die Bedenken hinsichtlich der Qualität in einer Großtagespflege zerstreuen, auch dort würden die Kinder eine gute Betreuung erhalten. Es dürfe der Elternwille nicht außer Acht gelassen werden, der eine bestmögliche Betreuung der Kinder erfordere. Hier werde ein weiteres Angebot für qualifizierte Betreuung geschaffen und den

Arbeitslosen die Möglichkeit des Wiedereinstiegs in einen Beruf geboten.

Frau Stomberg ergänzte, es handele sich in der Großtagespflege zwar nicht um ausgebildete Erzieher, aber sehr wohl um qualifizierte Kräfte. Die Erweiterung des Betreuungsangebotes sei dringend erforderlich, da durch die Berufstätigkeit vieler Eltern flexiblere Betreuungszeiten benötigt würden.

Herr Becker stellte abschließend klar, dass sich Frau Heide gegen die Art der Ausbildung der Betreuer in den Großtagespflegen und die zeitliche Begrenzung dieses Projektes gewendet habe.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung)

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Umsetzung der Großtagespflege mit den zwei Interessensbekundern, Evangelische Familien-Bildungsstätte Friesland-Wilhelmshaven und den Privatpersonen Schmill / Schulz an drei Standorten (Nord, Süd und Rüstiersiel).

Beginn der Großtagespflegen Anfang 2020 / Ende 2023 (drei Jahre). Der Zuschuss ist angeglichen an den Tagesmüttersatz der Stadt Wilhelmshaven. Pro Kind wird ein (in gleicher Höhe) Betriebskostenzuschuss gewährt.

Ein Investitionszuschuss von 200 Euro pro qm wird pro Großtagespflege gewährt.

6.6.2 Jugendparlament - Wahl- und Geschäftsordnung

343/2019

Herr Dr. Schulte trug den Beschlussvorschlag des Jugendhilfeausschusses vom 11.12.2019 vor.

Herr Schönfelder informierte, dass in § 8 Abs. 2 der Geschäftsordnung anstelle des Referatsleiters 6 der Fachbereichsleiter 51 einzusetzen sei.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt, die Wahlordnung und die Geschäftsordnung des Jugendparlamentes wie in der Anlage beschrieben, zu ändern.

7 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Es lagen keine Berichte vor.

8 Anfragen8.1 Anfrage Ratsherr Ressel: Informationen über die Kraftfahrzeugzulassungen in der Stadt Wilhelmshaven in Bezug auf die aktuelle Verkehrsplanung **534/2019**

Herr Ressel bat um Beantwortung der folgenden Anfrage:

1. *Wie viele Kraftfahrzeuge (PKW / LKW) sind aktuell in der Stadt Wilhelmshaven zugelassen?*
2. *Wie viele Kraftfahrzeuge (PKW / LKW) waren vor ca. 10 Jahren, also im Jahr 2010 zugelassen?*
3. *Wie viele Kraftfahrzeuge (PKW / LKW) waren vor ca. 20 Jahren, also im Jahr 2000 zugelassen?*
4. *Wie viele Kraftfahrzeuge (PKW / LKW) waren vor ca. 30 Jahren, also im Jahr 1990 zugelassen?*
5. *Wie viele Kraftfahrzeuge (PKW / LKW) waren vor ca. 40 Jahren, also im Jahr 1980 zugelassen?*
6. *Wie verhält sich die Zulassungszahl der angefragten Jahre (2019, 2010, 2000, 1990, 1980) im Verhältnis zur derzeit aktuellen Einwohnerzahl?*

Die Beantwortung erfolgte durch **Herrn Schönfelder**, die der Antwort zugrunde liegende Übersicht ist als Anlage zur Sitzung im Ratsinformationssystem hinterlegt.

9 Einwohnerfragestunde9.1 Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde
(§ 19 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)

Die schriftlich von **Herrn Leon Drossel** eingereichten Fragen wurden von **Herrn Marušić** beantwortet.

Die Anfrage sowie die Antworten sind als Anlage zur Sitzung im Ratsinformationssystem hinterlegt.

Herr Drossel wies auf die Bedeutung einer sofortigen Reanimation hin und gab zu bedenken, dass Kosten in dieser Frage keine Rolle spielen dürften. Die Einführung eines solchen Systems werde vom Europäischen Rat dringend empfohlen.

Herr Marušić dankte für die Anfrage und signalisierte, dass an diesem Thema bereits gearbeitet werde.

9.2 Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung
(§ 19 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates)

Da keine Fragen zur Tagesordnung vorlagen, wurde die Einwohnerfragestunde geschlossen.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 20:55 Uhr

gez.

Becker
Ratsvorsitzender

gez.

Feist
Oberbürgermeister

gez.

Rogel
Protokollführerin